

# DER SPIEGEL

## DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

### DEUTSCHLAND

#### BERLIN

##### KRISE

#### Schein am Horizont

(siehe Titelbild)

Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen Sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, so wie sie wirklich sind, nicht so, wie sie hätten sein können und wie wir sie uns gewünscht hätten.

John F. Kennedy in einer Rede an die Berliner 1963.

Goethe schrieb es in seinen „Xenien“: „Deine Größe, Berlin, pflegt jeder Fremde zu rühmen.“ Gerhart Hauptmann fühlte sich „aus weiter Ferne... unwiderstehlich von dem Riesenmagneten angezogen“. Heinrich Heine fand, anders als in „Polkwitz, Schilda oder Krähwinkel“, in Berlin Weltläufigkeit. Und Thomas Wolfe umarmte gar die Bäume auf dem Kurfürstendamm.

„Tiefes und edles Leben“ entdeckte Bismarck in Berlin. Für Konrad Adenauer hatte es sich „mit ehernen Lettern in die deutsche Geschichte eingeschrieben“. Und Ernst Reuter (der erste Regierende Bürgermeister nach dem Kriege) rief die „Völker der Welt“: „Schaut auf diese Stadt!“

Auf diese Stadt aber schaut heute die eigene Nation, wenn überhaupt, mit Mitleid oder Unbehagen. Niemand mehr rühmt ihre Größe, nur wenige noch fühlen sich unwiderstehlich angezogen. Schlimmer: Berlin droht, Polkwitz zu werden.

Denn die Stadt, die nicht mehr Hauptstadt sein darf, droht im Vakuum zwischen Ost und West zu ersticken. Sie krankt an einer schlecht strukturierten, hinfälligen Wirtschaft. Sie ächzt unter inneren Spannungen, die sich in Straßenkrawallen entladen und den Konsensus ihrer Bürger zerstören. Sie leidet unter einem Mangel an Jugendlichkeit, und sie ist dabei, geistig zu veröden.

Und das Paradoxon ist, daß diese innere Schwäche Berlins aufbricht zu einem Zeitpunkt, da die Stadt frei scheint vom kommunistischen Würgegriff. Die Entspannung macht sie unsicher. Die enge Bindung an den Westen, die in der Zeit des Kalten Krieges lebensnotwendig schien, isoliert die Stadt in einer Zeit des „geregelten Nebeneinander“ (Willy Brandt).

Doch jeder Versuch Berlins, dieses Dilemma abzuwenden, gefährdet seine Existenz. Erstrebt die Stadt ein Arrangement mit der DDR, um auf diese Weise der Vereinsamung zu ent-rinnen und eine Mittler-Mission zu gewinnen, riskiert sie den Konflikt mit dem Westen.

Bonn erscheint der politische Preis, der für die Öffnung nach Osten bezahlt werden muß, zu hoch — die unvermeidlich engen Kontakte zwischen dem West-Berliner Senat und der DDR-Regierung und die Duldung der östlichen These, daß die Halbstadt „eine selbständige politische Einheit“ zwischen den beiden deutschen Staaten sei. Und Bonn zweifelt daran, daß dieser Preis der Stadt auf Dauer eine freie Position erkaufen würde.

Jahrelang blieb die fatale Lage der Stadt hinter einem Gespinnst von Frontstadt-Propaganda, Weltstadt-Wirbel und Hauptstadt-Mythos verborgen. Vor knapp zwei Wochen aber wurde sie den Berlinern unversehens ins Bewußtsein gerückt: Zum erstenmal in der Geschichte West-Berlins wurde ein Regierender Bürgermeister

gestürzt. Heinrich Albertz mußte zurücktreten.

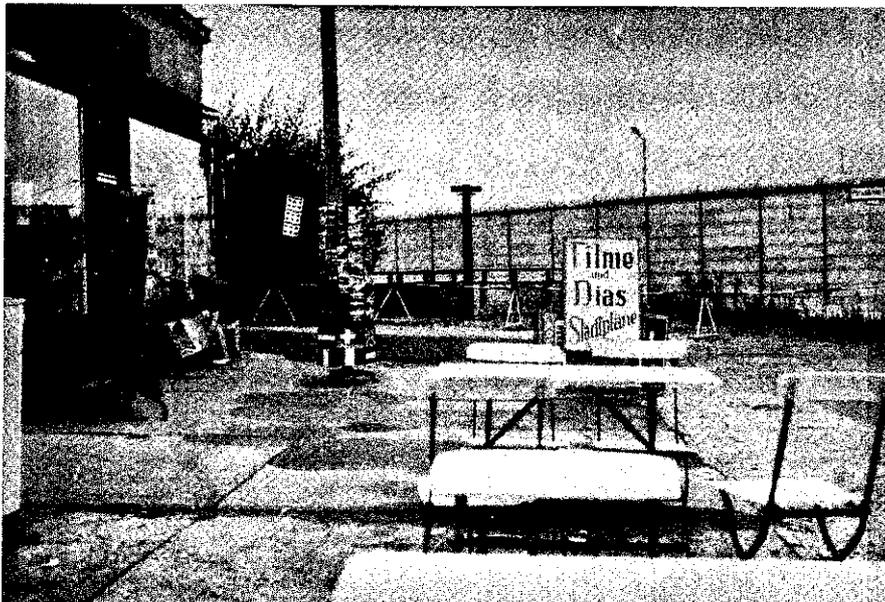
Albertz scheiterte an seinem Unvermögen, die Stadt von der äußeren Vereinsamung und der inneren Unruhe zu befreien. Nach nur 287 Tagen Amtszeit wurde Albertz von seiner eigenen Partei zur Kapitulation gezwungen. Berlin, das kluger Köpfe bedarf, war wieder kopflos.

Wochenlang hatten West-Berlins Sozialdemokraten ihren glücklosen Bürgermeister befehdet. Und in der Partei, die von den Wählern aufgerufen ist, die Stadt zu führen, beföhden sich linke, rechte und gemäßigte Gruppen. Die auf das Amt des Regierenden Bürgermeisters erpichten Senatoren Kurt Neubauer und Rolf Schwedler rüsteten zum letzten Gefecht.

Da wurde ein Außenseiter aus Bonn präsentiert: Klaus Schütz, 41, früher Berliner Bundessenator, jetzt Staatssekretär in Willy Brandts Außenamt. Im bayrischen Wildbad Kreuth, dem Urlaubsort des Parteichefs Brandt, traf Schütz vorletzten Woche seinen



Künftiger Berlin-Chef Schütz: „Wir brauchten uns nur in die Augen zu sehen“



Potsdamer Platz in Berlin: Verbarrikadiert

„Vorgesetzten, Minister und Freund“ (Schütz). Der Kandidat: „Wir brauchten uns nur in die Augen zu sehen und wußten, es muß sein.“

Um auch den Parteigenossen in Berlin zu erläutern, daß es sein muß, flogen die Freunde am vorletzten Wochenende nach West-Berlin. Willy Brandt verteilte schlechte Noten. Wenn die SPD der CDU das Schöneberger Rathaus überlassen wolle, so möge sie „man so weiter“ machen.

Die roten Mandarine nickten ergeben. Eben noch dabei, untereinander um die Macht zu raufen, bekundeten sie nun ihre Loyalität für Klaus Schütz. SPD-Landeschef Mattick: „Eine ausgezeichnete Lösung.“ Bau-senator Schwedler fand, Schützens Nominierung liege „im Interesse Berlins“. Sozialsenator Neubauer ver-

sicherte: „Schütz kann immer auf mich rechnen.“

Doch dann, am Anfang letzter Woche, besannen sich einige Sozialdemokraten darauf, daß sie eigentlich selber bei der Regierungsbildung das große Wort hatten führen wollen. Weil der Kandidat Schütz keine Neigung zeigte, den linken Flügelmännern Senatorenposten abzugeben, gab die um den Charlottenburger Stadtrat Harry Ristock gescharte Gruppe Sperrfeuer.

So votierten am Montag vergangener Woche im Landesausschuß der Berliner SPD 25 Mitglieder für die Schütz-Nominierung, acht dagegen. Und anderntags stimmte die Ristock-Riege auf einer Charlottenburger Parteiversammlung den Antrag nieder, Schütz auf dem SPD-Landesparteitag am 15. Oktober zu unterstützen.



Studenten in Berlin: Verzweifelt

Die Schützenhilfe der Parteimehrheit ist Schütz allerdings sicher. Denn den Genossen dämmert derweil, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin ein stabiles politisches Fundament braucht, wenn er Berlin aus Bedrängnis befreien will — so es überhaupt möglich ist.

Diese Stadt hat bis jetzt von der Fiktion der verlorenen Funktion als Hauptstadt gelebt. Zur Nummer eins aber macht sie heute nur noch die Postleitzahl.

Berlins Wirtschaft hat hinter Stacheldraht die Führungsposition der Vorkriegszeit nicht bewahren können. Von den 17 000 Industrie- und Handelsgesellschaften etwa, die 1938 in der Stadt existierten, sind 3000 noch geblieben.

Es fehlt an Facharbeitern, seit durch den Mauerbau 60 000 Arbeitskräfte von ihren West-Werkstätten abgeschnitten wurden. Trotz finanzieller Anreize mißlang der Versuch, diese Lücke aus dem bundesdeutschen Reservoir zu schließen.

Führungskräfte — ein Gradmesser für die wirtschaftliche Vitalität einer Stadt — zieht es nicht mehr nach Berlin. Die Grunewald-Villen, einst traditionelles Quartier der Industrie-Elite, werden heute Etage für Etage abvermietet.

Die Bevölkerungsstruktur ist ungesund. Es gibt zu viele Alte in der Stadt, die im gerühmten Kur-Klima Berlins noch älter werden als andernorts. Zwischen Wedding und Westend leben 270 000 Witwen — mehr als sonstwo in Deutschland. Und obwohl der Senat die Familiengründung durch Darlehen fördert, die mittels Zeugung von drei Kindern getilgt werden können, droht die Stadt zu vergeisen.

In der verschworenen Gemeinschaft, zu der die Bevölkerung unter dem Druck aus dem Osten zusammengeschweißt worden war, zeigen sich Risse. Dem Jungvolk ist der Frontstadt-Mythos, dem noch immer der Großteil der Bürger verhaftet ist, fragwürdig geworden. Es treibt, wie Ingeborg Bachmann schrieb, die „Revolte gegen die subventionierte Agonie“.

Die Studenten gehen auf die Straße, teils aus Protest gegen den Antikommunismus des Establishments, teils — wie der SPD-Vize Helmut Schmidt erkannte — aus „Unzufriedenheit und ... Verzweiflung über die Selbstzufriedenheit des deutschen Kleinbürgers“.

Dieser Bürger-Typ aber ist zum typischen Bürger Berlins geworden. Hinter der prunkvollen Fassade, inmitten moderner Architektur und großstädtischen Getriebes droht die Metropole zur größten Kleinstadt der Welt zu verkümmern.

Staatssekretär Klaus Schütz, zum neuen Regierenden Bürgermeister designiert, scheint zu wissen, was ihn erwartet. Berlin, so fand er nach dem Albertz-Sturz, sei „eine psychisch schwerkranke Gemeinde“: jene Stadt, die 1946 in der ersten und einzigen

freien Wahl in ganz Berlin die ideologische Allianz mit dem Westen schloß.

Damals votierte das Volk für die demokratischen Parteien. SPD, CDU und Liberaldemokraten bekamen zusammen 80 Prozent aller Stimmen. Die SED, von den Berlinern „Russenpartei“ genannt, blieb auf der Wahlstatt.

Besiegelt wurde das Bündnis mit der westlichen Welt am 25. Juni 1948, dem Tag, an dem im amerikanischen, britischen und französischen Sektor die Währung auf DM-West umgestellt wurde.

Die Sowjets reagierten auf die Westwendung Berlins mit der Blockade. Sie leisteten damit Geburtshilfe für den Heldenmythos vom standhaften Insulaner, der die Ruhe nicht verliert und dem man sogar im fernen Ohio Respekt und Rührung zollte. „In Berlin“, sagte Willy Brandt später einmal, „stand die Wiege der deutsch-amerikanischen Freundschaft.“

Elf Monate lang darbtten die West-Berliner bei Tagesrationen von 30 Gramm Fett, 40 Gramm Büchsenfleisch, 50 Gramm Nährmitteln und fünf Gramm Käse, eingeflogen in 212 621 Luftbrücken-Einsätzen. Sie lebten von Trockenkartoffeln, Trockenkei und Trockenmilch. Sie saßen im Finstern; denn nur zwei Stunden täglich gab es Strom. Sie froren; denn für die Wintermonate gab es pro Kopf nur 25 Pfund Brennstoff.

Doch die Schikane der Sowjets band die Berliner nur noch fester an den Westen. Und der damals Regierende Bürgermeister Ernst Reuter formulierte die Absage an den Osten: „Wir haben nein gesagt, und wir sagen nein, und wir werden nein sagen, solange wir atmen!“

Amerika dankte. Es schickte die Freiheitsglocke und pumpte aus dem Marshall-Plan Milliarden Mark in die Stadt. Auch aus Bonn kamen Subsidien, und bald war Berlin ein üppig dekoriertes „Schaufenster der Freiheit“ (Ernst Reuter).

Der Protz auf Pump tat seine Wirkung. Die Halbstadt wurde zum „Glitzerding von amerikanischem Profil“, wie es der exilpolnische Dichter Witold Gombrowicz beschrieb — den Ost-Bürgern ein „elektrischer Feuerschein am Horizont“ (SPIEGEL 41/1966). Bis zum Mauerbau drängten sich auf jeder Industrieausstellung 250 000 Besucher aus der DDR. Und West-Berlins Kino- und Theaterkassen gaben jährlich acht Millionen Eintrittskarten an Ost-Berliner ab.

Doch nicht nur „Brüder und Schwestern aus der Sowjet-Zone“ (Konrad Adenauer) strebten in die strahlende Stadt. Mehr als 2000 Touristen aus dem Westen ließen sich täglich in Bussen durch Berlin bugsieren. Sie bestaunten die neuerstandene Muster-City mit Deutschlands schönstem Konzertsaal (Philharmonie), größtem Krankenhaus (FU-Klinikum), modernstem Straßensystem (Stadtautobahn).

Sie begafften Mannequins auf dem Kurfürstendamm und Maler am Kreuzberg. Sie stärkten sich in einem



Straße in Berlin: Verödet

der 7000 Lokale der Stadt (vom Gammeler-Treff „Dicke Wirtin“ bis zur Gourmet-Tafel im „Ritz“) und stierten auf Go-go-Girls im „Playboy“ wie auf Transvestiten im „Chez nous“.

„Zwinkernde, blendende Neone“ (Gombrowicz) signalisierten Wohlstand im Westen. Während Unter den Linden noch Vorkriegs-Opel rollten, glitten über den Kurfürstendamm schon die Chrom-Karossen.

„Speck auf Lebensdauer — Konrad Adenauer“, lockten die Knittelverse des Wundervolks, und bis 1958 kamen 2 188 435 Flüchtlinge über die Frontstadt in die Freiheit, die ihnen Volkswagen und Ferien in Italien verhiess. Die Berliner machten es sich zwischen Sowjetstern und Sternenbanner gemütlich.

Doch nur in der Gefühlswelt des Kalten Krieges, in der für nüchternes

Kalkül kein Raum blieb, konnte der Glaube gedeihen, daß diese Idylle von Dauer sei. In die Illusion, daß westliche Demokratie letztlich doch gen Ostland vordringen werde, platzte im November 1958 ein Ultimatum aus Moskau.

Sowjet-Premier Nikita Chruschtschow forderte Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten und die Proklamation West-Berlins zur „Freien Stadt“. Binnen sechs Monaten müsse zwischen den Siegermächten darüber verhandelt werden: Der „Pfahl im Fleisch der Sowjets“ (Ernst Reuter) sollte herausoperiert werden.

Die Berliner schlidderten in die zweite Krise seit der Blockade. Mit West-Berlins Wirtschaft, die eben erst aufgepäppelt worden war, ging es wieder bergab. Die Aufträge aus dem Westen wurden immer spärlicher, und



Rentner in Berlin: Vergreist

zeitweise hatte die Industrie nur noch Arbeit für drei Monate.

In Umfragen beurteilten 52 Prozent der Berliner die Situation als „ziemlich ernst“, und 31 Prozent trugen sich mit Umsiedlungsplänen. Die Spediteure mußten Wartelisten anlegen. Zwar wurde Chruschtschows Ultimatum prolongiert, aber von nun an wich die Krisenstimmung nicht mehr aus der Stadt. Und im Sommer 1961 übertrug sich die Nervosität auch auf die DDR.

Wie von einer Vorahnung getrieben, nutzten Arbeiter und Bauern, Staatsfeinde und SED-Genossen die letzte Chance, sich in den Westen abzusetzen. Der Flüchtlingsstrom floß ununterbrochen. Am 12. August 1961 um 16 Uhr schloß das Notaufnahmehaus Berlin-Marienfelde nach einer Tagesrate von 2400 DDR-Emigranten.

tet man die (Berlin-)Frage unter dem Aspekt der unmittelbaren Interessen der sozialistischen Länder, so ist der Abschluß eines deutschen Friedensvertrags in der Tat nicht mehr das gleiche Problem wie vor den Schutzmaßnahmen an der Grenze der DDR und West-Berlins.“

Die Berlin-Krise war beendet. Es begann die Krise Berlins.

Die Illusion von der großen politischen Wende — teils wachgehalten durch „Roll back“-Sprüche des Adenauer-Freundes John Foster Dulles, teils genährt durch Eruptionen im Ostblock wie 17. Juni, Ungarnaufstand, Posener Revolte und polnisches Tauwetter — waren zerstoßen. Es war klageworden, daß sich West-Berlin darauf einrichten mußte, Insel im roten Meer zu sein.

wirtschaftlichem Gewicht gegründet. Auf je 100 Arbeitskräfte, die in der Bundesrepublik Beschäftigung in neuen Betrieben fanden, kamen 1955 in West-Berlin noch 82, im Jahr 1965 aber nur noch 14 Erwerbstätige.

Kaum ein westdeutscher Unternehmer mag sein Geld in der Stadt anlegen, die auch in der Phase weltpolitischer Entspannung noch vielen Kaufleuten gefährdet erscheint. Überdies kann die Stadt mit dem westdeutschen Angebot an Industrie-Bauplätzen nicht konkurrieren. Private Produzenten gehen in die Entwicklungsgebiete Bayerns oder die Zonenrand-Regionen Niedersachsens und Hessens, wo Grund und Boden billiger und Arbeitskräfte leichter zu gewinnen sind.

Und nicht einmal Unternehmen, in denen der Staat mitbestimmt, sind zu



Berlin-Chef Reuter, Luftbrücken-Arbeiter (1948); Berliner nach Ende der Blockade (1949): „Nein, nein, nein!“

Tags darauf bauten DDR-Pioniere die Mauer, und weder Amerikaner noch Engländer noch Franzosen ließen sich, von einzelnen Spähern abgesehen, am Tatort blicken. Kein Infanterist stellte sich den DDR-Soldaten in den Weg, kein Panzer walzte den Stacheldraht nieder. Die Berliner wurden endgültig gewahrt, daß die Amerikaner, wann immer sie von der Freiheit Berlins sprachen, nur West-Berlin meinten.

Und nicht einmal mehr auf diese Garantie wollten sich die Eingeschlossenen verlassen. Die Flügel in die Bundesrepublik waren bald auf Monate ausgebucht. Am Kontrollpunkt Dreilinden stauten sich die Möbelwagen. In den Bankhäusern der Stadt wurden zahllose Sparkonten aufgelöst — Kapital für eine neue Existenz im sicheren Westen.

Die Umsiedler begriffen nicht, daß die Sowjets die Mauer allein deshalb bauen ließen, weil sie einen Schlagabtausch mit den Westmächten nicht riskieren wollten. Nikita Chruschtschow erläuterte später, wie sich der Konflikt erledigt hatte: „Betrach-

Die Lagerhäuser blieben für den Fall einer neuen Blockade bis unters Dach gefüllt mit Käse und Knäckebrötchen, Bienenhonig und Büchsenmilch. Für den Fall einer friedlichen Koexistenz aber erwies sich Berlin nicht gerüstet.

Von knapp einer Million Erwerbstätigen arbeiteten nur 300 000 in der Industrie. Mit 130 000 Beschäftigten war der Verwaltungsapparat weit überbesetzt. Staatliche Kaufkraftübertragung — etwa durch Gewährung von Steuervorteilen und Zuschüssen für die Renten — muß das Einkommen jedes dritten Berliners absichern. Ihr Sozialprodukt verzehrt die Stadt zu zwei Dritteln durch privaten Konsum (Bundesrepublik: 57 Prozent).

Immer verhängnisvoller machte sich die Anziehungskraft des westdeutschen Wirtschaftsraums bemerkbar, in dem sich Geschäfte mit weniger Aufwand und mehr Gewinn abwickeln lassen. Die Steuervorteile, die den Berliner Unternehmen vom Bonner Fiskus eingeräumt wurden, erwiesen sich mehr und mehr als wirkungslos.

Nach dem Mauerbau wurde in West-Berlin keine Produktionsstätte von

einem Notopfer Berlin bereit. Das Wolfsburger Volkswagenwerk produziert in Hannover und Emden, Kassel und Ingolstadt, Brasilien und Australien — an die Berliner möchte es nur verkaufen.

Allenfalls ist mancher westdeutsche Fabrikant dazu bereit, von den Steuervorteilen Berlins zu profitieren, ohne zugleich die vermeintlichen Risiken einer echten Investition einzugehen. So wird jedem Betrieb, der aus Berlin in die Bundesrepublik liefert, die vierprozentige Umsatzsteuer erlassen. Jeder, der aus Berlin Waren bezieht, spart ebenfalls diese vier Prozent. Mit hin bringt jede in Berlin produzierte Ware in Westdeutschland einen Zusatzgewinn von acht Prozent.

Viele drehten daraus ein Ding. Sie etablierten in der Stadt lediglich ein Kontor, transportierten fast fertige Ware nach Berlin, ließen dort letzte Hand anlegen und transportierten das Berliner Produkt wieder zurück in den Westen.

Auf diese Weise kamen Mäntel nach Berlin, wurden dort mit Aufhängern



Berlins Telefunken-Verwaltung, abgewanderter Modeschöpfer Oestergaard\*: Als die Berlin-Krise endete...



versehen und gelangten als gewinnträchtige Ware in westdeutsche Schaufenster. Fertige Schreibmaschinen aus der Bundesrepublik bekamen in Berlin lediglich ihr Farbband. Branntwein wurde, wie der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete und Spirituosen-Fabrikant („Kohut tut gut“) Oswald Kohut rügte, „einmal um die Gedächtniskirche gefahren“, auf daß er hochprozentiger werde.

Wollen die westdeutschen Kaufleute nicht ernstlich in die Stadt hinein, so treibt es die einheimischen hinaus. Berliner Großbetriebe, die nach der Blockade mit US-Hilfe wiederaufgebaut worden waren, ziehen sich nach und nach auf ihre westdeutschen Dependancen zurück. Längst sind die Konzern-Töchter stattlicher als die Unternehmens-Mütter. Und der juristische Sitz, einst nur in Berlin, heißt erst Berlin-Frankfurt, dann nur noch Frankfurt.

Außer der chemisch-pharmazeutischen Fabrik Schering hat heute keine Weltfirma mehr ihre Kommandozentrale in Berlin. Einer der letzten Abwanderer war — im vergangenen Jahr — Telefunken. Nach dem Zusammenschluß mit der AEG verlegte die Firma Führungsabteilungen nach Frankfurt, wo die AEG bereits 1950 Fuß gefaßt hatte. Erweisen sich zurückgebliebene West-Berliner Filialen als unrentabel, werden sie geschlossen. So verlagerte die Pintsch Bamag AG, ein alteingesessenes Unternehmen, ihren Maschinenbau in ihr hessisches Werk Butzbach. Die Chemie-Firma Riedel-de Haën, 150 Jahre lang in Berlin ansässig, schloß ihr Stammwerk und zog sich ganz in die Bundesrepublik zurück.

Der Industrie folgten andere Wirtschaftszweige nach. Bedeutende Verlage wie Rowohlt, S. Fischer und Suhrkamp, die früher einmal in Berlin beheimatet waren, haben sich nach dem Kriege in Westdeutschland nie-

dergelassen. Der Langenscheidt-Verlag stützt sich seit dem Mauerbau auf ein zweites Bein in Bayern. Andere Häuser gingen ganz: Ullstein (Buchverlag) nach Darmstadt, Luchterhand nach Neuwied, Herbig nach München.

Der vorerst noch in Berlin seßhafte Klaus Wagenbach, Verleger des Ost-Berliner Bänkelsängers Wolf Biermann und der österreichischen Dichterin Ingeborg Bachmann: „Es gibt keine Kredite und keine Kontakte und keine Liberalität nach Osten — es gibt nur Berliner Provinzialismus.“

Die Damenoberbekleidungs-Werkstätten, nach der Elektro-, der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie sowie dem Maschinenbau auf dem vierten Platz der Berliner Umsatz-Rangliste, orientieren sich allmählich ebenfalls nach Westen. Im ersten Halbjahr 1967 rutschte der Umsatz dieser Branche, die durch den Mauerbau 7500 Midinetten aus dem Ostsektor einbüßte, um 18,4 Prozent — 384 Millionen Mark. München überflügelte das Damenmoden-Zentrum Berlin: Für die Münchner Modemesse in diesem Herbst meldeten sich 1030, für die „Berliner Durchreise“ nur 730 Aussteller an.

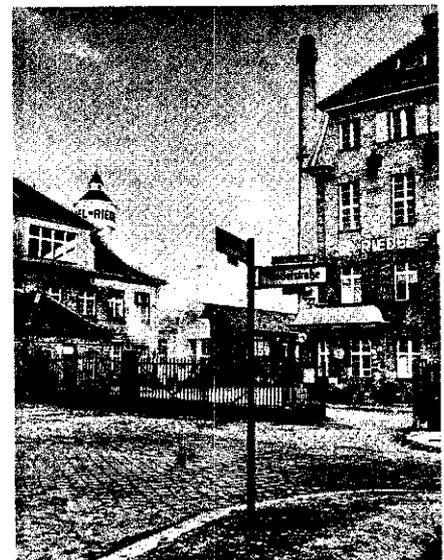
Renommiertere Berliner Couturiers wie Ilse Brettschneider und Hermann Lindenstaedt gaben ihren Betrieb auf. Lindenstaedt: „Das ist nicht die letzte Schließung.“ Und Heinz Oestergaard, „Deutschlands populärster Modeschöpfer“ („Süddeutsche Zeitung“), ging in den warmen Süden und stellt in diesen Tagen seine erste Münchner Kollektion vor.

Ein Ur-Symbol Berlins, die Schultheiss-Brauerei, stellte Gärbottiche im Ruhrpott auf, und die größte Werbeagentur der Stadt, Dorland, gründete schon vor längerer Zeit in Westdeutschland einen zweiten Wohnsitz. Firmenchef Walter Matthess: „Ich war

es satt, von 365 Tagen im Jahr 250 im Flugzeug zu sitzen.“

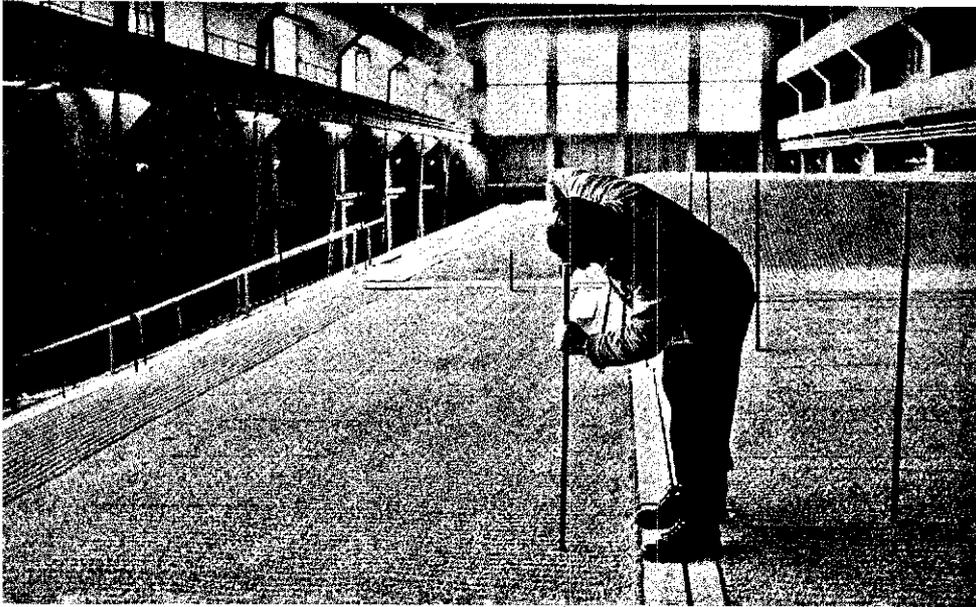
Die Verkehrsverbindungen hemmen die private und die unternehmerische Initiative der Stadt. Für die Wirtschaft sind die Interzonenwege umständlich und unsicher; sie muß zum Beispiel Wartezeiten in Kauf nehmen und stets östlicher Schikanen gewärtig sein. Für den Bürger ist jede Reise zeitraubend oder teuer, er braucht sechs Stunden für eine Bahnfahrt nach Hannover oder 204 Mark, wenn er mit Ehefrau und zwei Kindern in die Leinestadt und zurück fliegen will.

Das ist es, was viele westdeutsche Werk tätige von vornherein abhält, nach Berlin einzuwandern. Nach einer „Infas“-Umfrage sind 67 Prozent der Westbürger nicht bereit, auf die Insel zu ziehen. Und das ist es auch, was den meisten der 40 000 westdeutschen Ar-



Stillgelegter Berliner Betrieb  
Der Mythos von der Frontstadt...

\* Erste Modenschau nach Oestergaards Übersiedlung nach München.



... begann die Krise Berlins: Berliner Getreidelager, Viehluftbrücke nach Berlin

beiter, die den Ausfall der ostdeutschen Grenzgänger wettmachen sollten, den Aufenthalt in der Stadt vergrößerte.

Zudem sind in der Stadt preiswerte Wohnungen knapp und die Lohntüten magerer als in westdeutschen Industriestädten. Durchschnitts-Stundenlohn in Berlin: 4,54 Mark, in Hamburg: 5,24 Mark. Die geringere Lohnsteuer gleicht dieses Manko nicht aus.

Die geteilte Stadt aber braucht jährlich 12 000 Zuwanderer, um ihre Bevölkerungsstruktur im Gleichgewicht zu halten. Denn Berlin droht zu vergeisen. Die Zahl der Bürger im erwerbsfähigen Alter nahm von 1961 bis 1966 um 80 000 ab; die Rate der Rentner stieg im gleichen Zeitraum von 18 auf 20,4 Prozent. Schon 1975 wird jeder vierte West-Berliner älter als 65 Jahre sein. Die alliierten Schutztruppen, so

erzählt ein Frontstadtwitz, werden eines Tages nur noch Omas bewachen.

Doch nichts geschah, die Talfahrt der Berliner Wirtschaft zu stoppen; nichts, den Schwund an Lebenskraft aufzuhalten. Blind dafür, in der Zitadelle der westlichen Welt die Risse zu sehen, verteidigten abgemusterte Freiheitskämpfer unverdrossen ihre Ideale.

Der Wirtschaftswissenschaftler Professor Gerhard Kade, der eine Analyse der Berliner Situation (Titel: „Hauptstadt-Mythos oder Lebensfähigkeit?“) erarbeitete: „Wirtschaftspolitische Maßnahmen... wurden vornehmlich an einer Reihe von politischen Wunschvorstellungen orientiert, die eine planmäßige, auf Lebensfähigkeit der Stadt ausgerichtete Wirtschaftspolitik eher verhindert als gefördert haben.“

Die Wunschvorstellungen führten Bonner und Berliner Politiker stets im Munde.

Der Bundestag: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands.“

Eugen Gerstenmaier auf einer Berlin-Sitzung des Bundestages: „Wir freuen uns, nach Jahren wieder einmal in Deutschlands Hauptstadt... zusammenzutreten zu können.“

Bundespräsident Heinrich Lübke beschwor „das Gefühl für die Bedeutung unserer deutschen Hauptstadt, das in unserem Volke stärker lebt denn je.“

Dabei mußten die Hauptstadt-Propagandisten wissen, daß Berlin nicht mit den Insignien einer Hauptstadt ausgestattet werden konnte. Konrad Adenauers Kabinett verstand sich denn auch lediglich dazu, Instanzen wie das Bundesverwaltungsgericht, die Bundesbaudirektion oder die Bundesversicherungsanstalt nach Berlin zu delegieren. Unter Ludwig Erhard wurden nur noch so entbehrliche Institutionen wie die Stiftung Warentest in die sogenannte Hauptstadt verpflanzt.

Berlin darf nicht einmal Bundesland sein, schon gar nicht Bundesmetropole: So will es das immer noch gültige Viermächtestatut, wonach

- ▷ höchste deutsche Instanz in Berlin Abgeordnetenhaus und Senat bleiben müssen;
- ▷ Souverän des 2,2-Millionen-Volks die west-alliierte Kommandantur ist.

Aber noch lange nach dem Bau der Mauer tat der Regierende Bürgermeister Willy Brandt so, als ob Berlin und Bund eins seien. Er wies alle Behörden im Rathaus Schöneberg an, sich im amtlichen Schriftverkehr der Sprachregelung „Berlin und das übrige Bundesgebiet“ zu bedienen. Noch immer schickt Bonn ausländische Staatsoberhäupter, Königinnen und Negerfürsten, die Berlin Reverenz er-



... ist brüchig geworden: Umzug nach Westdeutschland

weilen müssen, als ob es noch Hauptstadt sei.

Einer nur sagte den Berlinern die Wahrheit. Im Juni 1963 sprach Amerikas Präsident John F. Kennedy vor den Studenten der Freien Universität: „Was erfordert die Wahrheit? Sie verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge sehen, daß wir uns von Selbsttäuschungen frei machen, daß wir uns weigern, in bloßen Schlagworten zu denken.“

Diesmal hörte Willy Brandt, als einziger, darauf. In der Erkenntnis, daß weder die Mauer abgerissen noch die Bindung an Bonn vertieft werden konnte, suchte er — behutsam, tastend — das Arrangement mit der Umwelt.

Brandt-Berater Egon Bahr prägte das Wort vom „Wandel (der DDR) durch Annäherung“. Brandt-Stellvertreter Albertz sprach nur noch von der „DDR“ statt von der „Sowjetzone“. Und Brandt selber propagierte eine „Politik der kleinen Schritte“.

Doch er kam nicht weit damit — teils, weil die Bundesregierung Einwände erhob, teils, weil es ihm an Mut mangelte. Schon als er von Sowjet-Premier Nikita Chruschtschow im Januar 1963 zu einem Treffen nach Ost-Berlin eingeladen war, hatte Brandt erst zugesagt, dann aber den Premier nicht aufgesucht. Grund: Die CDU, Koalitionspartner im Schöneberger Rathaus, hatte mit dem Bruch der Partnerschaft gedroht, falls Brandt die Einladung annehme.

Vor allem aber war es die Weigerung Bonns, Brandts Trippelschritte mitzumachen, die den Berliner Plänen im Wege stand. Sie bedeuteten, aus christdemokratischer Sicht, Wagnis und verstießen gegen das Bonner Erfolgsrezept, Politik nur dann zu machen, wenn der Erfolg von vornherein sicher war. Hinter jedem Ostkontakt witterte die CDU-Regierung einen Anschlag auf die „Heiligen Kühe“ (Albertz) ihrer Deutschlandpolitik, die mit dem Anspruch auf Alleinvertretung begann und damit endete.

Als zum Beispiel der Stellvertretende DDR-Ministerpräsident Alexander Abusch dem West-Berliner Senat im Dezember 1963 Passierscheingespäche anbot, mußte Brandt ein Machtwort der Alliierten an Bonn erbitten, um die Zustimmung der Bundesregierung zu ertrotzen. Bei einem späteren Passierscheingespäch schrieb Bonns Staatssekretär Carl Krautwig

den Berlinern sogar vor, in welche Ecke der Ost-Berliner Antragsformulare die DDR ihren Namen setzen dürfe.

Und zeitweise war das Gerangel mit Bonn so zermürend, daß der damalige Berliner Sozialsenator Kurt Exner in einer Konferenz vor lauter Nervosität den DDR-Unterhändler Wendt als „sogenannten Herrn Wendt“ bezeichnete. Bonner Pedanterie führte schließlich, 1966, zum Abbruch der Passierscheinkontakte.

In solcher Bedrängnis versuchte Willy Brandt sich an dem stereotypen Bonner Veto vorbeizumogeln. Er knüpfte Fäden zum Ost-Berliner Sowjet-Botschafter Pjotr Abrassimow, mit dem er mehrmals zu vertraulichen



Mauer-Durchlaß in Berlin: Heil im Osten?

Gesprächen zusammentraf. Sein Wirtschaftssenator Karl Schiller, heute mit Brandt im Bonner Kabinett, entwarf Modelle für eine wirtschaftliche Zukunft Berlins zwischen Ost und West.

Grundidee: Berlin als Handelsdrehscheibe. Danach sollten Firmen aus Ost und West Handelskontore in Berlin einrichten, Einkäufer aus aller Welt am Funkturm das Angebot prüfen und Warendepots auf einem zollfreien Umschlagplatz in Gatow unterhalten werden.

Überdies forderte Schiller die Gründung einer Strukturkommission, die den Schwächen der Berliner Industrie auf den Grund gehen und die Wirtschaft der Stadt auf das neue Ziel ausrichten sollte.

Im Advent 1965 setzte Willy Brandt in die Sonntagszeitungen: „Die neuen Berliner Aufgaben verlangen Ideenreichtum, harten Realismus und ener-

gische Arbeit.“ Kaum ein Jahr später überließ er die neuen Aufgaben einem neuen Mann und ging nach Bonn in die Große Koalition.

Sein Nachfolger, der rote Preuße Heinrich Albertz, verstand sich zwar auf energische Arbeit. Aber er verschloß sich dem harten Realismus. Er unternahm praktisch nichts, West-Berlin aus der Isolierung zu befreien. Hochfahrend zerriß er den Kontakt zum Sowjet-Botschafter in Ost-Berlin. Abrassimow, so sagte Albertz auf Journalisten-Fragen, möge sich nur bei ihm melden, wenn er Wünsche habe.

Energisch zeigte sich Heinrich Albertz auch dort, wo Feingefühl vonnöten gewesen wäre. In Wachtmeister-Manier ließ er die einzige Gesellschaftsgruppe verdreschen, die in seiner Stadt noch nicht formiert ist: die Studenten. „Wir lassen uns von einer Minderheit nicht länger terrorisieren“, sagte er und duldete, daß diese Minderheit geknüpelt wurde.

Und als der Schah in Berlin war, wurde am 2. Juni dieses Jahres der Student Benno Ohnesorg nach der Säuberungsaktion vor der Oper erschossen. Heinrich Albertz billigte „ausdrücklich und mit Nachdruck... das Verhalten der Polizei“.

Dieses Ereignis war der Anfang vom Ende der Ära Albertz. Denn seine instinktive Reaktion auf die akademische Unruhe traf zwar in seiner eigenen Partei nicht auf Widerspruch. Doch sie schwächte die Position des Bürgermeisters in der Öffentlichkeit.

Und die Genossen ließen die Gelegenheit nicht aus. Schon lange war die Partei des regierenden Seelsorgers überdrüssig. Einen Teil der SPD-Funktionäre verband Antipathie gegen den überheblichen Herrn. Ein Teil fürchtete um das Renommee der West-Berliner Sozialdemokraten oder war darauf bedacht, selber das Regiment zu führen. Andere wieder trieb die Sorge um das Wohl der Stadt in die Opposition gegen den glücklosen Rats-Herrn.

Zu spät entschloß sich Heinrich Albertz, die Ursachen des studentischen Aufruhrs von Wissenschaftlern untersuchen zu lassen. Zu spät ging er daran, die wirtschaftliche Strukturkrise der Stadt durch die schon von Professor Karl Schiller geforderte Expertenkommission abzuwenden. Zu spät setzte er zu einem kleinen Schritt nach Osten an und beschloß, den überfälligen Brief an Alexander Abusch zu konzipieren.

Nach dem Rücktritt seines Innensensors Büsch ließ es die Partei nicht mehr zu, daß Heinrich Albertz einen Mann seiner Wahl zum Nachfolger machte. In die Enge getrieben, gab der Regierende Bürgermeister auf. Am 26. September trat er zurück.

Klaus Schütz, sein designierter Nachfolger, hatte an diesem Ende indirekt Anteil. Als kurz vor dem Berliner Schah-Besuch am 2. Juni dem Protokollchef im Bonner Außenamt, Hans von Schwarzmann, Bedenken kamen, den Kaiser in den studentischen Unruheherd reisen zu lassen,

befahl Schütz: „Der Schah muß fahren!“

Was Heinrich Albertz am 2. Juni und zu anderen Stunden fehlte — Klaus Schütz besitzt es: Geschick im Umgang mit unbequemen Parteifreunden und Sinn für Realitäten, Kaltschnäuzigkeit und Entschlußfreude.

„Klaus Schütz“, so sieht ihn die „Süddeutsche Zeitung“, „ist der neue Typ des sozialdemokratischen Funktionärs: Stets mit den richtigen Freunden verbunden, geübt im Gebrauch faktischer Mittel.“ Und „Christ und Welt“ fand: „Die Partei von Klaus Schütz heißt Klaus Schütz.“

Berliner wurde der Rechtsanwaltssohn, 1926 in Heidelberg geboren, mit neun Jahren. Über Gymnasium, Hitler-Jugend und Reichsarbeitsdienst kam er 1944 in das Maschinengewehr-bataillon „Feldmarschall Kesselring“.

In Italien zerschossen ihm Partisanen die rechte Schulter, entschuldigten sich dafür und versteckten ihn vor den Amerikanern, bis er des Wundfiebers wegen ins Lazarett mußte.

Heimgekehrt, studierte Schütz erst in Ost-, dann in West-Berlin Ge-

ins Außenamt und gab ihm die Schlüsselposition des ersten Staatssekretärs.

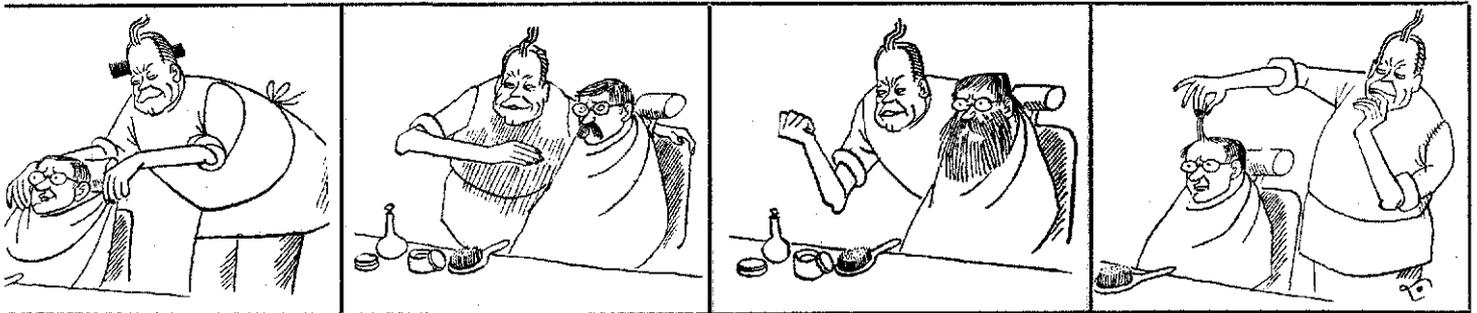
In Bonn verschrieb sich Klaus Schütz während der letzten neun Monate so sehr dem neuen Job, daß er — beim Cocktail-Jux auf seine frühere Stellung in Diensten des Berliner Senats angesprochen — frozelte: „Berlin? Wo liegt denn das?“ Aber der Verlockung, binnen eines Jahres vom Brandt-Botschafter über den Brandt-Hauptmann zum Brandt-Erben in eben dieser Stadt zu avancieren, mochte er sich nicht entziehen; das um so weniger, als seine intimen Feinde in der SPD, Partei-Vize Herbert Wehner und Fraktionschef Helmut Schmidt, angesichts der Berliner Notlage Schützens Kandidatur nicht verhindern konnten.

Die Stadt, in die er zurückkehrt, hat sich bedrohlich verfangen in den Schlingen jener Nabelschnur, die sie zugleich ernährt: Jedes Stück Zucker, das auf den Wannseeterrassen ins Teeglas sinkt, jede Prise Salz, die am Wedding Peilkartoffeln würzt, Kohlkopf und Kotelett, Milch und Mehl — 1,5 Millionen Tonnen Lebens- und

Dabei kommt der Ausweitung des Osthandels laut Kade eine „entscheidende Rolle“ zu — jenes Osthandels, der bislang dahinkümmerte. Am Bonner Einspruch etwa scheiterte der Berliner Plan, preiswerten Gips für den Wohnungsbau aus der DDR zu beziehen. Als einmal die Frischfleischzufuhr auf dem Landweg nach Berlin wegen der strengen Seuchenbestimmungen der DDR stockte, ließ Bonn eine kostspielige Vieh-Luftbrücke einrichten. Den Berliner Vorschlag, nun außerplanmäßig Rinder aus der DDR zu beziehen, wies Bonn zurück.

Die politische Ironie will es, daß Berlin die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen braucht, um nach Osten expandieren zu können. Doch schon droht Finanzminister Franz-Josef Strauß im nächsten Jahr die Zuschüsse für Berlin-Flüge um fast die Hälfte zu kürzen. Und christdemokratisch eingestimmte Wirtschaftsführer warnen unverhohlen.

BDI-Präsident Fritz Berg: „Es wäre verfehlt, das Heil im Osten zu suchen.“ BDI-Geschäftsführer Gustav Stein weiß für den Ernstfall ein Rezept:



Maskenbildner Brandt:  
Iso, mein liebes Kläuschen ...

... erst mal Graß  
über das Ganze ...

... und dann 'ran  
wie der Teufel ...

Süddeutsche Zeitung  
... na ja, ein zweiter Willy  
wirst du kaum."

schichte und Germanistik. 1949 wechselte er zur amerikanischen Harvard-Universität, hörte dort politische Wissenschaften und blieb dabei. Er entsagte seinen Studienratsplänen und wurde Assistent am Institut für Politische Wissenschaften an der Berliner FU.

Politische Praxis übte er um diese Zeit bei den Wilmersdorfer Jungsozialisten. Binnen fünf Jahren hangelte er sich vom SPD-Kreisvorsitz über das Berliner Abgeordnetenhaus (1954) bis in den Bundestag (1957). Und seit den frühen fünfziger Jahren war Klaus Schütz stets in der Nähe seines Freundes Willy Brandt zu finden.

Er half mit, den Berliner SPD-Landesvorsitzenden Franz Neumann zu stürzen und dessen Amt für Brandt freizumachen. Er drängte den Berliner Bürgermeister Brandt zur Kanzlerkandidatur für die SPD; er organisierte für ihn einen modernen Wahlkampf nach US-Manier.

Brandt seinerseits wirkte an der Bonner Karriere seines Schützlings Schütz. Er schickte ihn erst als Berliner Bundessenator in die amtierende Hauptstadt. Dann nahm er ihn zu sich

Genußmittel mußten Jahr für Jahr in umständlicher Prozedur per Lastwagen oder Lastkahn über Hunderte von Kilometern auf die Insel transportiert werden.

Zwanzig Jahre lang war jede Wagenladung auch mit politischen Segenswünschen und Appellen an die Kampfmoral befrachtet. Sie wurden, oft im Übermaß, gesendet von einer dem Kalten Krieg verhafteten westlichen Welt, für die das Volk in der Festung Märtyrerzüge trug.

Doch diese Beikost wird immer spärlicher. Im Westen herrscht Tauwetter. Die DDR hat sich durch den Mauerbau der kapitalistischen Provokation entzogen. Aus dem Brückenkopf West-Berlin ist eine Quarantäne-Station geworden.

Nun wird man in Berlin „die leeren Formeln unseres gesellschaftspolitischen Katechismus auf ihre Bedeutung befragen müssen“ — so sieht es der vom Berliner Senat berufene Berlin-Analytiker Professor Kade, der auch der Meinung ist, daß „Konzeptionen und Stil der offiziellen Wirtschaftspolitik in dieser Stadt grundsätzlich zu ändern“ seien.

„Wir müssen einfach die Aufträge reduzieren, da werden die schon wieder zu sich kommen.“

Solche Kommentare wiegen um so schwerer, als jede wirtschaftliche Neuplanung in Berlin fehlschlagen muß, solange die Stadt nicht über genügend qualifizierte Kräfte verfügt — seien es Forscher oder Facharbeiter. Doch die kommen nur dann, wenn es gelingt, das Leben in Berlin leichter zu machen und die Verkehrsverbindungen zu verbessern.

Menschliche Erleichterungen und Bewegungsfreiheit sind nur bei Walter Ulbricht zu haben. Verhandlungen zwischen dem West-Berliner Senat und der DDR, enge Kontakte der Regierenden — das wären die Konsequenzen.

Sie zu ziehen, scheint Bonn noch nicht bereit. Und so wird es dem neuen Regierenden Bürgermeister schwerfallen, Berlin auf den rechten Weg zu führen — an Heines Polkwitz vorbei.

Polkwitz, Kreis Glogau, 1670 Einwohner, eine Dampfziegelei, zwei Kirchen, ein Altersheim.